

Wahlprüfsteine bpa - Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
zur Landtagswahl in Sachsen 2014

Notwendige Vorbemerkungen zur gegenwärtigen Situation im Bereich der Pflege:

In Sachsen gibt es derzeit circa 53.000 Beschäftigte in der Altenpflege und circa 20 000 Beschäftigte in der Krankenpflege, 85 % davon sind Frauen, welche überwiegend in Teilzeit arbeiten. Von der derzeit fast 140.000 zu Pflegenden werden 67 % zu Hause gepflegt und 40 % allein durch die Angehörigen.

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung verschleppt und bewusst verzögert. Auch im vorliegenden Referentenentwurf für die Reform der Pflegeversicherung sind leider keine substanziellen Verbesserungen für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte erkennbar. Mehr als Stückwerk sind die angekündigten Reformschritte nicht. Vor allem für an Demenz erkrankte Menschen wird sich, wenn es nach den Plänen des Bundesgesundheitsministeriums geht, nicht viel ändern.

DIE LINKE in Sachsen ist der Meinung, dass endlich ein Verständnis von Pflege brauchen, das sich an Selbstständigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe orientiert.

Um gute Pflege gewährleisten zu können, müssen sich die Leistungen der Pflegeversicherung am individuellen Bedarf orientieren. Nach unserer Auffassung ist schon allein die Tatsache, dass die Pläne für einen neuen Pflegebegriff und ein neues Begutachtungsverfahren, das nicht nur körperliche, sondern auch kognitive Beeinträchtigungen erfasst, nicht endlich umgesetzt werden, ein politischer Skandal. Damit die Altenhilfe und -pflege auch in Zukunft ihrer besonderen Verantwortung - auch im Sinne einer ganzheitlichen Unterstützung und Förderung von Teilhabe älterer pflegebedürftiger Menschen - gerecht werden können, bedarf es innovativer Weiterentwicklungen. Es gilt, die vorhandenen Potenziale zu nutzen - mit einer modernen Bildungslandschaft, einem dynamischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, mitarbeiterorientierten Unternehmen der Altenhilfe und -pflege und einer höheren gesellschaftlichen Wertschätzung des Beschäftigungsfeldes.

a) Welche neuen, flächendeckenden Versorgungskonzepte werden die Pflege in Sachsen unter Beachtung der demografischen Entwicklung in Zukunft sichern?

Zunächst muss man konstatieren, dass es in Sachsen an einem breiten Spektrum von Wohnformen für pflegebedürftige Menschen. Die Umsetzung des für eine „Pflege nach Maß“ erforderliche Prinzip „ambulant vor stationär“ entsprechend den tatsächlichen Bedürfnissen ist bislang in Sachsen nicht etabliert. Im Mittelpunkt pflegerischer Arbeit sollten die individuellen Bedürfnisse der Menschen stehen, die auf Pflege angewiesen sind. So stellt beispielsweise die Pflege von Kindern andere Ansprüche an das Pflegepersonal als die von älteren Menschen. Spezifische Angebote wie zum Beispiel Palliativpflege im ambulanten Bereich für Kinder oder häusliche Pflege von Schwerstpflegebedürftigen müssen weiter ausgebaut werden. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es unerlässlich, dass Pflegekräfte künftig präventive, rehabilitative,

palliative und sozialpflegerische Aufgaben eigenverantwortlich übernehmen können.

b) Ab wann wird der Freistaat Sachsen Altenpflegeschüler und -schülerinnen endlich vom Schulgeld freistellen?

Eine Freistellung der Altenpflegeschüler und -schülerinnen vom Schulgeld wäre mit dem Schuljahr 2015/2016 möglich. Voraussetzung dafür ist, dass entsprechende Haushaltsmittel für diese berufliche Bildung im Doppelhaushalt 2015/16 bereitgestellt werden. Die Debatte dazu wird öffentlich ab September geführt und DIE LINKE im Sächsischen Landtag wird die Bereitstellung der erforderlichen Landesmittel zur Gewährleistungen einer schulgeldfreien Ausbildung Altenpflegeschüler und -schülerinnen in Sachsen einfordern. Darüber hinaus ist die DIE LINKE in Sachsen der Auffassung, dass die Integration der Pflegeberufe in einer dreijährigen dualen Ausbildung mit einer einheitlichen Grundausbildung und einer daran anschließenden Schwerpunktsetzung mit unterschiedlichen Berufsabschlüssen als den richtigen Weg, um dem sich vollziehenden Wandel bei den Anforderungen an pflegerisches Handeln und Pflege Tätigkeit auch in Zukunft gerecht zu werden. Parallel hierzu muss die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich erhöht und wie bereits eingangs dargelegt sowohl Schulgelder als auch entsprechende Studiengebühren und Prüfungsgebühren müssen abgeschafft werden

c) Welche Rahmenbedingungen werden zur realen Aufwertung des Pflegeberufes durch angemessene Vergütungen geschaffen?

DIE LINKE in Sachsen tritt seit jeher für eine öffentlich organisierte und über eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung auch ausreichend finanzierte Pflege. Pflege darf nicht in wettbewerbsorientierten Konzernen, bei denen der zu pflegende und zu betreuende Mensch droht, dem Profit untergeordnet zu werden, organisiert werden. Das gegenwärtige Vergütungsniveau für Beschäftigte in Pflegeberufen in Sachsen ist viel zu niedrig. Deutlich höhere Löhne sind daher ebenso unerlässlich wie eine verbindliche, bundesweit einheitliche Personalbemessung und Pflege- bzw. Betreuungsschlüssel. Eine Anhebung der Pflegesätze ist auch dafür unerlässlich.

d) Wann wird das Renteneintrittsalter von Pflegekräften gesenkt?

DIE LINKE steht für nach wie vor für ein generelles Renteneintrittsalter mit 65 Jahren. Wie bei anderen Berufsgruppen mit entsprechend intensiven berufsspezifischen Arbeitsbelastungen ist auch für Pflegekräfte eine weitergehende Senkung des gesetzlichen Renteneintrittsalter erforderlich. Nur unter diesen Rahmenbedingungen ist dauerhaft die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Pflegekräfte unter den stetig steigenden Anforderungen an pflegerische Tätigkeiten gewährleistet. Die dafür notwendigen Gesetzesänderungen können jedoch nur auf Bundesebene herbeigeführt werden. Dass diese - auch über das derzeit vor der Verabschiedung stehende „Rentenpaket“ hinausgehenden - erforderlichen Änderungen einer unverzüglichen Umsetzung im Rentenversicherungsrecht des Bundes bedürfen, steht für DIE LINKE außer Frage.

e) Was wird in Sachsen gegen den Fachkräftemangel getan?

Zur Bewältigung der Herausforderungen, vor die der in Sachsen bereits spürbare Fachkräftemangel im Bereich der Pflege das Land stellt, ist die zeitnahe Umsetzung eines umfassenden Paktes von Maßnahmen notwendig. Mit einem solchen Maßnahmenpaket müssen die Grundlagen und Voraussetzungen in unterschiedlicher Hinsicht geschaffen werden:

- mehr Wertschätzung und Anerkennung für beruflich Pflegende,
- eine deutlich verbesserte Bezahlung und Anerkennung der Beschäftigten in allen Bereichen der Pflege,
- eine deutlich besserer personelle Ausstattung der Pflege und
- Bereitstellung von deutlich mehr Geld für Pflege insgesamt.

Hierzu gehören aber ebenso die Bereitstellung von Arbeitsbedingung für eine „Gute Arbeit“ durch entsprechende Gesundheitsprävention und -förderung, durch Weiterbildung und durch die Verbesserung des Arbeitsschutzes und Mitbestimmung.